

Thomas Gebauer:

Humanitarismus in der Krise – oder: Es gibt keine humanitäre Lösung für humanitäre Probleme

(Für die Vorlese des 19. epf von SID stark gekürzte Fassung eines Vortrages, gehalten auf der von „medico international“ veranstalteten Konferenz „Macht und Ohnmacht von Hilfe“ im März 2003 in Frankfurt)

Mit großflächigen Plakaten werben Hilfswerke für ihre Arbeit: „Tausend Fragen. Eine Antwort: Helfen“. - In einer Welt, die in Gewalt und Elend zu versinken droht, ein großartiges Versprechen. Eines, das selbstbewusst daherkommt und die Lösung für so viele Ungewissheiten reklamiert. Kein Wunder, dass im englischen Sprachraum auch nicht mehr nur von humanitärer Hilfe die Rede ist, sondern von „Humanitarismus“.

Schon immer haben Menschen sich gegenseitig Beistand geleistet, wenn es die Not erforderte. Nun allerdings scheint aus der moralisch begründeten Sorge um den Anderen eine veritable Philosophie geworden zu sein, die den öffentlichen Diskurs bestimmt und eine eigene Praxis entwickelt hat...

In die Erfolgsstory des „Humanitarismus“ mischen sich auch kritische Stimmen. Der US-amerikanische Autor David Rieff spricht gar von einer Krise des „Humanitarismus“: die „rettende Idee“ Hilfe könne nur mildern, aber nichts retten...

Hilfe

... weil von einer Ersten Hilfe im Krieg, dem Gewähren von Asyl, den Nahrungsmittelhilfen für Dürreopfer oftmals das existentielle Überleben abhängt, gibt es keinen Grund, solchen Beistand verächtlich zu machen.

Dennoch kann heute immer weniger von einer Hilfe im emphatischen Sinne die Rede sein. Die Idee eines helfenden Beistandes, der Überwindung von Not und Unmündigkeit und damit Eigenständigkeit zum Ziel hat, ist noch von rhetorischer, aber kaum mehr von praktischer Bedeutung. Einen Rechtsanspruch auf soziale Sicherung können nur die wenigsten geltend machen. Das Überleben der meisten Notleidenden hängt vom Wohlwollen karitativer Organisationen ab und davon, dass man überhaupt auf sie aufmerksam wird. Eine solche Hilfe trägt Züge einer Re-Feudalisierung.

Das Verblässen von Emanzipationserwartungen hat auch die Idee sozialer Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen. Die gute Maxime: „Gib dem Hungernden einen Fisch, und er ist einen Tag satt; lehre ihn fischen, und er wird immer satt sein“, die lange Zeit noch hoch im Kurs stand, wirkt heute merkwürdig angestaubt. Wer den Status Quo herausfordert, ist in den Augen der Öffentlichkeit wenig glaubwürdig. Die modernen Helden zivilgesellschaftlicher Aktion halten sich nicht mit dem politischen Kontext auf, sondern packen unmittelbar an. Wo früher die Vorstellung einer anderen Welt zum Handeln motivierte, herrscht heute ein unpolitischer Pragmatismus, der sich nicht einmischen, keine Partei ergreifen will...

Entpolitisierung

Im Zuge der Entpolitisierung der Hilfe hat ein pragmatisches Sich-Einrichten im Bestehenden über die Emanzipationserwartung triumphiert. Die Suche nach den Ursachen und Bedingungen eines Übels kommt fast immer zu kurz. Dem Vorwurf der Unmenschlichkeit kann ausgesetzt werden, wer im Anblick eines hungernden Kindes nach den Gründen von Hunger fragt. Die Folgen, die aus der Verkürzung von Kriegen und Notlagen auf ihre humanitären Folgen resultieren, sind erheblich. Wer kein Verständnis für die Krise entwickeln kann, weil er politische und kulturelle Zusammenhänge ausblendet, kann auch nicht auf die Krise antworten...

Viele Helfer stört kaum, dass sie wenig über die Menschen wissen, mit denen sie zu tun haben. Ihre Hilfe folgt technisch-ökonomischen Kriterien und sieht in Kriegsoptionen und

Notleidenden nur Objekte einer möglichst effizienten Versorgung. Dem Gros der Nothelfer gelten Kriege nicht als politisch-historische Ereignisse, sondern als humanitäre Krisen, die es zu lindern gilt...

Kapitalisierung

Vom Pragmatismus ist der Weg nicht weit zum Business. Die vielen Milliarden US-Dollar, die alljährlich für Nothilfebemühungen in der Welt aufgebracht werden, haben den „Humanitarismus“ zu einem expandierenden Wirtschaftszweig mit großen Zuwachsraten werden lassen...

Immer weniger sind es soziale Kriterien, an denen der Erfolg von Hilfe gemessen wird, sondern wirtschaftliche Größen, - die Zahl der erreichten Menschen, die Menge der versandten Hilfsgüter, die Effizienz der Nachschubwege, die Schnelligkeit, mit der man vor Ort ist usw. Abwicklungskapazitäten zählen, nicht aber die menschliche Beziehung zu den Opfern. Solidarische Nähe zu den notleidenden Menschen, so die Europäische Katastrophenhilfsbehörde (ECHO), sei kein Gütenachweis, sondern eher ein Hindernis für effektive Hilfe.

Zug um Zug ist die Hilfe aus dem Kontext sozialen Handelns herausgelöst und zu einem „Produkt“ transformiert worden, das - wie andere Produkte auch – nicht unbedingt mehr mit den Bedürfnissen der Menschen korrespondiert. Vielmehr haben sich die Interessen der Geber in den Vordergrund geschoben und entscheidet gar die mediale Verwertbarkeit von Hilfe über ihr Zustandekommen. Staatliche Finanzgeber und Hilfswerke legen Wert auf bürokratische Zielvorgaben und ein „controlling“, das den „output“ von Hilfe steigern soll, obwohl soziales Handeln weder planbar noch allein ökonomischen Kriterien folgt. Statt sich mit dem Eigensinn von Hilfe und ihren Wirkungen auseinanderzusetzen, wird Hilfe kommerzialisiert, was obendrein die Möglichkeit eröffnet, politisch unliebsame Hilfsprogramme allein aufgrund wirtschaftlicher Bewertungen scheitern zu lassen. Was keinen Ertrag verspricht, wird auch nicht mehr gefördert. - Wie aber misst man ein Bemühen, dass nicht allein die Versorgung von Flüchtlingen, sondern auch deren gesicherte Rückkehr im Auge hat? Und lässt sich die Wiederherstellung eines lebendigen Sozialgefüges, in dem Opfer von Gewalt und Not einen neuen Halt finden können, ohne Beteiligung der Betroffenen „ergebnisorientiert“ am Reißbrett planen?

Zu befürchten ist, dass die Degradierung der Hilfe auf ein „Produkt“ nur der Anfang eines umfassenden Strukturwandels von Hilfe ist...

Instrumentalisierung

Schließlich ist auf eine Gefahr aufmerksam zu machen, die der Entpolitisierung von Hilfe fast schon notwendig folgt - die Gefahr der Instrumentalisierung von Hilfe. Je mehr sich Hilfe aus ihrem sozialen Kontext löst und zur technischen Dienstleistung verkümmert, desto besser kann sie für politische und militärische Zwecke instrumentalisiert werden.

Tatsächlich ist Hilfe zu einer begehrten wirtschaftlichen Ressource von Kriegsparteien geworden. Ob über die Besteuerung importierter Hilfsgüter, Schutzgelderpressungen, Raub oder die Ausplünderung von außen versorgter Bevölkerungen, - es gibt vielfältige Wege, wie Kriegsparteien an den Milliarden von Dollars zur Versorgung der Opfer partizipieren können. In Ländern wie Angola, Liberia oder Afghanistan hatte die Nothilfe eine so große Bedeutung bekommen, dass sie zum integralen Bestandteil des Gewaltzyklus wurde.

Hilfe kann aber auch zur Überwindung politischer Legitimationsdefizite beitragen. Warlords und politische Eliten, die ihre Vorherrschaft kaum noch über funktionierende Formen von Staatlichkeit legitimieren können, sichern sich Gefolgschaft auch über ein Minimum an sozialer Versorgung, die sie ihrer Klientel Dank der Hilfe von außen anbieten können. Umgekehrt wird die öffentliche Akzeptanz militärischer Maßnahmen größer, wenn – wie im Kosovo-Krieg – Hilfswerke in breit angelegten Kampagnen auf die Not von Flüchtlingen aufmerksam machen...

Gerade der Krieg im Irak verdeutlicht das prekäre Verhältnis, das zwischen Hilfe und Politik besteht. Ganz offen wird die Arbeit von humanitären Hilfswerken für strategische Überlegungen der kriegsführenden Parteien in Dienst genommen. Die vermeintliche Humanisierung des Krieges soll diesen wie ein Instrument erscheinen lassen, das man mal eben zur Hand nehmen kann, um bestimmte Zwecke durchzusetzen. Kirchliche, private und UN-Hilfsstrukturen sollen einspringen, wenn die Schäden und das Leid über Hand nehmen. Zu einer solchen Unterstützung gibt es aus ethischen Gründen keine Alternative, und doch stützt und legitimiert sie im nachhinein jene Politik, die einen völkerrechtswidrigen Krieg vom Zaun gebrochen hat. Jede humanitäre Hilfe, so überlebenswichtig sie für die Betroffenen der kriegerischen Auseinandersetzungen ist, wird zugleich auch von den kriegsführenden Parteien für strategische und legitimatorische Zwecke in Dienst genommen. Das gilt für die großen Kriege, aber natürlich auch für die vielen kleinen und neuen Kriege in aller Welt, mit denen Warlords und korrupten Machthaber ihr politisches und wirtschaftliches Überleben sichern.

Die Einbeziehung der Hilfe in militärstrategische Überlegungen, schafft für die Hilfswerke ein ähnliches Dilemma wie es auch für die um Aufklärung bemühten Medien in Zeiten des Krieges besteht...

Im Zuge der Globalisierung hat sich die Ost-West-Konfliktachse in eine Auseinandersetzung zwischen einem reichen „global north“ und einem in Armut versinkenden „global south“ verschoben. Die Folge ist eine latente Weltbürgerkriegsordnung, innerhalb der Hilfe zur Geisel von Sicherheitspolitik zu werden droht. Im außenpolitischen Kontext soll Hilfe zur Befriedung von Gefahrenpotentialen und der Linderung von Kriegsfolgen beitragen und nach innen bei der Überwindung von Legitimationsdefiziten helfen. Nicht-staatliche Hilfsorganisationen laufen dabei Gefahr, zu Dienstleistungsbetrieben staatlicher Institutionen zu werden.

Sie sollen mithelfen bei der Früherkennung von Systemstörungen, die zur Rettung des Status Quo (und nicht primär zur Rettung von Menschen) behoben werden. Dabei sind offenbar alle Mittel recht. Der militärische Erstschlag, die staatlich legitimierte Folter, die Aufkündigung demokratischer Rechtsprinzipien und auch der Missbrauch humanitärer Hilfe. Wie zu Zeiten des 18. und 19. Jahrhunderts könnte Hilfe schon bald wieder der Disziplinierung von Menschen dienen, statt deren Eigenständigkeit zu fördern. Tatsächlich tragen die Befriedungsstrategien, die heute zur Anwendung kommen, bereits Züge einer repressiven Armenfürsorge, die sich bekanntlich dadurch auszeichnet, dass sie Opfer in gute und schlechte trennt. Hilfe aber darf nicht an politischen Wohlverhaltens geknüpft, wie im Falle sogenannter „konditionierter humanitärer Hilfen“. Notleidende Menschen müssen sich Beistand nicht erst „verdienen“.

Perspektiven

... es ist höchste Zeit, dass sich Hilfsorganisationen der Dilemmata ihres Handelns bewusst werden. Auf Dauer wird es auch der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben, dass die einfachen und psychologisch leicht zu vermittelnden Stories vom zupackenden Helfer, der auf angeblich völlig hilflose Menschen trifft, einfach nicht stimmen. Zu den Mythen, die dringend der Korrektur bedürfen, zählt auch die Vorstellung, humanitäre Hilfe mische sich nicht ein. Wer Menschen helfen will, kann nicht eigentlich neutral sein, sondern muss auf Seiten der Opfer Partei gegen die Täter ergreifen. Alles andere wäre in hohem Maße unmoralisch. Wer Menschen aus Notlagen heraushilft und sie in die Lage versetzt, wieder selbständig handeln zu können, hinterlässt Spuren, die weit über den Augenblick hinausreichen...

Nicht zulassen sollten Hilfsorganisationen, wie im Zuge der neoliberalen Auflösung einer staatlichen Sozialpolitik auch die Idee eines gesellschaftlich garantierten Beistandes für Menschen in Not unter Druck gerät. Es würde einen zivilisatorischen Rückfall bedeuten, wenn heute an die Stelle des in den UN-Konventionen niedergelegten Rechtes jedes Menschen auf soziale Sicherung wieder die barmherzige Geste als Regelfall von Hilfe trete bzw. soziale Sicherung an familiäre bzw. klientelistische Strukturen delegiert würde. Dieser Re-Feudalisierung von Hilfe entgegenzuwirken, das wäre schon eine Aufgabe in einer Welt, die mit der Demokratisierung ihrer Verhältnisse endlich Ernst macht.